

Öffentlicher Kontrolle entzogen

Mastanlage Amelhausen: Bauantragsänderung in der Kritik

LANDKREIS. Auf unseren Bericht „Antrag längst nicht entschieden“, den die Sonntags-Zeitung am vorletzten Sonntag veröffentlicht hatte, hat uns Uwe Behrens, der sich unter anderem im Bündnis Mensch – Tier – Umwelt (MUT) engagiert, eine Zuschrift zukommen lassen. Darin bezweifelt er, dass das Verfahren noch in der Schwebe sei. „Tatsächlich geht es in diesem Verfahren nicht um die Frage, ob noch in diesem Jahr entschieden wird, sondern es geht um den Zeitraum von maximal vier bis fünf Wochen“, ist sich Uwe Behrens sicher. Sowohl die Landwirtschaftskammer als auch die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Oldenburg hätten nämlich bereits schriftlich zu dem Vorhaben Stellung bezogen.

Die Landkreitsverwaltung hätte der Gemeinde Großenkneten bereits Anfang Februar mitgeteilt, dass die vorgeschriebenen Immissionsrechtlichen Werte eingehalten werden und das gewerbliche Vorhaben als im Außenbereich privilegiert angesehen wird, schreibt Behrens. „Aufgrund dieser Mitteilung hat

die Gemeinde ihr Einvernehmen zu dem Vorhaben erteilt“, so der Umweltaktivist.

Diese Stellungnahme mache deutlich, dass das Genehmigungsverfahren bereits weit fortgeschritten und in Kürze mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

„Wenn Herr Nieslony nun plötzlich das Tempo aus dem Verfahren nimmt, so mag das daran liegen, dass MUT das niedersächsische Umweltministerium als zuständige Fachaufsicht der beim Landkreis ansässigen unteren Naturschutzbehörde eingeschaltet hat“, mutmaßt Uwe Behrens. In dem Bericht der Sonntags-Zeitung wollte sich Peter Nieslony, Leiter des Bauordnungsamtes des Landkreises, nicht festlegen, wann eine Entscheidung zu der Mastanlage in Amelhausen anstehe.

Anders, als beim Landkreis regelmäßig praktiziert, sei in strittigen Fällen nämlich nicht die Landwirtschaftskammer zu befragen, die in der Regel auch das Immissionsgutachten für den Antragsteller fertigt, sondern die „Unterstützungsstelle Luft“ in Hildesheim oder eben das

Landesumweltministerium, informiert Behrens.

Leider sei aus dem Beitrag der Sonntags-Zeitung nicht hervorgegangen, dass der Antragsteller ursprünglich einen Stall für 39.990 Plätze (in Kurzmast) bauen wollte, kritisiert Behrens. Mit der Herabsetzung der Plätze auf unter 30.000 Tiere (in Schwermast) hätte sich der Antragsteller nun „in ein Verfahren nach Baurecht gerettet“. Nebeneffekt für den Antragsteller sei, dass die Umweltverbände bei Verfahren unter 30.000 Tieren nicht beteiligt werden müssten. Der entscheidende Vorteil für den Antragsteller sei jedoch: Obwohl die Ammoniak- und Stickstoffemissionen dank der schwereren Tiere größer seien als bei den vormals geplanten 39990 Plätzen, könne die Anlage ohne Filter betrieben werden, empört sich Behrens.

Auf der einen Seite würden die Landwirte Transparenz versprechen, auf der anderen Seite Genehmigungsverfahren mit verwaltungsrechtlichen Tricks der öffentlichen Kontrolle entziehen, wundert sich auch Wilfried Papenhusen vom Bündnis MUT.